

Plädoyer für
eine solidarische
Leistungsgesellschaft

Freiheit, Gleichheit oder Ordnung?

Christian Lindner

Freiheit, Gleichheit und Ordnung – diesen Grundwerten fühlen sich heute alle politischen Richtungen in Deutschland verpflichtet. Sie sind aber nicht immer konfliktfrei zu verbinden, wenn über konkrete Lebenssachverhalte politisch zu entscheiden ist. Welchem Grundwert im Zweifel Priorität eingeräumt wird, trennt die Parteien und offenbart ihre Identität, ihr Menschen- und ihr Gesellschaftsbild. Für Liberale ist die Abwägung klar: im Zweifel für die Freiheit! Können aber Christdemokraten heute ihre Wertpräferenz einvernehmlich benennen? Der Grundsatzrede von Annette Schavan ist jedenfalls eine eindeutige Entscheidung nicht zu entnehmen, wenngleich sie mit dem Bekenntnis zur Orientierung am Einzelnen und der geforderten „Philosophie der Autonomie“ zumindest Perspektiven offen lässt.

Die Frage nach der Rangfolge von Freiheit, Gleichheit und Ordnung ist jedoch alles andere als trivial. Oft wird in Deutschland der Markt als im Prinzip effektiver Mechanismus gelobt, um ihm hernach die doch als günstiger, besser und wohlthätiger empfundene Einzelfallregelung vorzuziehen. Der Staat hat sich sozialtechnischen Utopien hingegeben und in fürsorglicher Bevormundung Lebensentscheidungen der Menschen vorgeprägt. Die verschiedentlich bestehenden gesetzlichen Diskriminierungsverbote bis hin zum rigiden Eingriff in die private Vertragsfreiheit sprechen dem Verantwortungsgefühl freier Bürger das Misstrauen aus. Und sehen nicht zu viele die Legitimation der staat-

lichen Gemeinschaft nur noch in der Teilhabe an Leistungsversprechen des Sozialstaates? Dass der Staat aber nicht nur aus Leistungsempfängern bestehen, sondern umgekehrt nur durch und mit seinen Leistungserbringern funktionstüchtig bleiben kann, gerät zunehmend aus dem Blick. Die Leitgedanken zum neuen CDU-Grundsatzprogramm unter der Überschrift „Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“ haben dennoch manchen zu Widerspruch veranlasst. Diese Kontroverse sollten Christdemokraten jedoch nicht durch Formelkompromisse unterbinden: Sie ist für das Grundsatzprogramm zentral, wenn dieses der Selbstvergewisserung der Partei dienen, ein Deutungsangebot der gesellschaftlichen Wirklichkeit unterbreiten und Ausdruck eines politischen Führungsanspruchs sein soll.

Schavan hat allerdings zu Recht die Idee der „Union“ als Gründungsimpuls der Christdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg betont. Der Vorrang der Integration unterschiedlicher Strömungen vor der programmatischen Innovation war zugleich stets auch die elektorale Erfolgsstrategie von CDU und CSU. Die für das Gelingen dieser Integrationsleistung notwendige Diagnose der Gegenwart hat die stellvertretende CDU-Partei-vorsitzende indes nicht vorgelegt. Sie würde unter anderem zeigen, dass die Haltung zum sozialen und ökonomischen Wandel der Gesellschaft eine neue, quer zu den politischen Grundrichtungen verlaufende Konfliktlinie darstellt, die

die älteren Spannungslagen mehr und mehr dominieren könnte. Bei der letzten Bundestagswahl hat sich diese erstmals spürbar auf das Parteiensystem ausgewirkt: Die Reformoptimisten sehen in Veränderungen vor allem Chancen. Sie fordern Freiheit und sind zur Übernahme von Eigenverantwortung bereit. Die Reformpessimisten sehen durch Veränderungen ihren Lebensentwurf gefährdet und verteidigen daher Besitzstände und überkommene Institutionen. Sie fordern Gleichheit und Ordnung. Freiheitliche und staatsferne Politiken zu vertreten ist in diesem Klima rechtfertigungsbedürftig. Das neue Grundsatzprogramm der Union wird daran zu messen sein, inwieweit es entlang dieser Konfliktlinie zu integrieren, aber eben auch einen Beitrag zur Rehabilitierung der Idee der Freiheit zu leisten vermag. Annette Schavan fordert in diesem Zusammenhang eine „neue Balance von Bürger und Staat“. Diese dürfe sich nicht schlicht in einem Rückzug von Staat und Politik erschöpfen, sondern solle vielmehr eine „Philosophie der Autonomie“ beschreiben. Eine solche Sichtweise unterschätzt die Fähigkeit der Menschen, innerhalb eines fairen Ordnungsrahmens verantwortlich mit ihrer Freiheit umzugehen. Die von Schavan geforderten politischen „Steuerungsinstrumente“ haben im Übrigen zumindest in der Vergangenheit notwendige Anpassungsprozesse nur verzögert und gestört. Was nützt, ist ein Bekenntnis zur Idee der Freiheit ohne Reserven und Vorbehalte. Nur dann kann es gelingen, die Menschen für diesen Grundwert westlicher Gesellschaften neu zu gewinnen.

Anders als Christ- und Sozialdemokraten gelegentlich befürchten, besteht zwischen Freiheit und Solidarität kein Widerspruch. Im Gegenteil bedingen beide einander: Ist nicht Zug um Zug das ganz persönliche Entstehen in Familie, Freundeskreis, Nachbarschaft und Gemeinde ersetzt worden durch den kalten Rechts-

anspruch auf anonyme Formen der Unterstützung der Sozialverwaltungsbürokratie – mit allen damit verbundenen Problemen des Trittbrettfahrertums und der mangelnden Effektivität vieler Maßnahmen? Trotzdem wird die „Defamiliarisierung“ sozialer Sicherung verschiedentlich als fortschrittliches Strukturmerkmal bewerte und werden Gesellschaften, die auf innerfamiliäre Solidarität setzen, als „mediterrane Wohlfahrtsstaaten“ bespöttelt. Freiheit braucht und fördert dagegen diese Bindungen jenseits des Staates: In einer Ordnung der Freiheit übernimmt der freie Bürger als ethisches Subjekt aus eigenem Entschluss in Gemeinschaften und Netzwerken Verantwortung. Er entscheidet aber selbst, welche sozialen Beziehungen er eingeht oder auflöst. Nur tradierte oder gar verordnete Bindungen wären Ausweis von Unfreiheit. Deshalb muss eine Politik, die der Idee der Freiheit verpflichtet ist, neue Lebensentwürfe und Formen familiären Zusammenlebens respektieren. Freilich kann und wird diese Bürgergesellschaft nicht über Nacht aus der deutschen Staatsgesellschaft entstehen. Deshalb würde ein abrupter Rückzug des Staates in vielen Feldern Vakanzen öffnen, die nicht ohne Weiteres von gesellschaftlichen Akteuren geschlossen würden. Eine politische Reaktion könnte in der – Marktlösungen ergänzenden und stützenden – Förderung von Intermediären wie Wohlfahrtsverbänden, Stiftungen, dem Ehrenamt oder Corporate Citizens bestehen, die als Sozialunternehmer Effizienz, Effektivität und Empathie besser zu verbinden wissen als die Instanzen der Sozialverwaltungsbürokratie. Das Gegenmodell zum überkommenen Sozialstaat alter Prägung ist damit nicht die kalte Wettbewerbsordnung der Einzelkämpfer, sondern eine solidarische Leistungsgesellschaft. Über ihre Voraussetzungen, Rahmenbedingungen und die dem Staat verbleibenden Pflichten lohnt die Debatte.